

Antrag vom 27.02.2026

Eingang bei: L/OB

Datum: 27.02.2026

Antrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Betreff

Eine Baumbilanz für Stuttgart

Wir beantragen:

Die Verwaltung legt mindestens einmal jährlich im Ausschuss für Klima und Umwelt (AKU) eine Übersicht über die Stadtbäume in Stuttgart vor ("Baumbilanz"). Dabei wird mit Bezugnahme auf den Vorjahreszeitraum folgendes aufgelistet:

- Anzahl gefällter Bäume pro Stadtbezirk und Grund für die Fällung inklusive Anzahl der festgesetzten Ersatzpflanzungen
- Anzahl neu gepflanzter Bäume pro Stadtbezirk
- Anzahl neu gepflanzter Bäume als Ersatzpflanzungen
- Anzahl der Bäume pro Stadtbezirk
- Anzahl noch nicht erfolgter ("offener") Ersatzpflanzungen
- Guthabenstand Baumersatzkonto
- Auflistung der Ausnahmegenehmigungen nach Baumschutzsatzung

Außerdem legt die Verwaltung noch im ersten Halbjahr 2026 die überarbeitete und auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitete Baumschutzsatzung zur Beschlussfassung vor.

Begründung:

Gerade die Stadtbäume stehen in Stuttgart unter großem Druck, weil sie vielen schädigenden Einflüssen ausgesetzt sind und ihnen häufig der notwendige Platz fehlt. Durch den Klimawandel und die damit einhergehenden höheren Temperaturen und längeren Trockenperioden werden die Bäume zusätzlich geschädigt. Das führt dazu, dass immer wieder Bäume gefällt werden müssen, weil ihre Standsicherheit gefährdet ist. Jedes Jahr werden außerdem zahlreiche Bäume gefällt, weil (Neu-) Bauprojekte höher gewichtet werden als die Erhaltung von Bäumen. Demgegenüber scheinen Neupflanzungen nicht Schritt halten zu können, zumal gerade junge Bäume besonders anfällig für die Stressoren im Stadtraum sind.

In unserem Grünen-Antrag GRDRs 1181/2019 forderten wir die Ausweitung der Baumschutzsatzung auf das ganze Stadtgebiet sowie Stellenschaffungen für die Bearbeitung der Satzung. Beides wurde beschlossen. Eine Zwischeninformation ergab, dass die Stellenbesetzungen mangels Bewerbungen nicht erfolgen konnten und zudem wegen Wasserschaden etc. zu wenig Arbeitsplätze zur Verfügung standen. Dies müsste zwischenzeitlich behoben sein. Deshalb fragen wir, wann die Ausdehnung der Baumschutzsatzung auf das gesamte Stadtgebiet kommt.

Im Antrag GRDRs 338/2022 vom 21.10.2022 forderten wir die Verwaltung auf, die Baumschutzsatzung bei städtischen Bauprojekten in den Außenstadtbezirken bereits freiwillig vor der Satzungerweiterung auf dem ganzen

Stadtgebiet anzuwenden. Auch über diese Umsetzung möchten wir im AKU unterrichtet werden.

GEZ.

Dr. Sebastian Karl

Gabriele Munk

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Anlage/n

Keine